

Oliver Tolmein

Grenzfall Schlesien

Die Görlitzer wollen Schlesier werden, keine Sachsen Die Zgorzelecer möchten Polen bleiben – aber noch drüben dürfen Reiseindrücke von der »Friedensgrenze« kurz vor Beginn eines neuen kalten Krieges
Veröffentlicht in: konkret 04/90, S. 30

I

Bundeskanzler Kohl hat zu erkennen gegeben, daß er keine Einwände mehr dagegen habe, daß der Bundestag und eine neu gewählte DDR-Volkskammer gemeinsam ihren Willen bekundeten, die polnische Westgrenze an der Oder und Neiße als definitiv anzuerkennen. Äußerungen des Sprechers des Auswärtigen Amtes Chrobog deuten unterdessen darauf hin, daß zwischen den Koalitionspartnern in der Frage einer Einwilligung des Bundeskanzlers in eine gemeinsame Erklärung des Bundestages und einer künftig legitimierten Volkskammer noch kein völliges Einvernehmen hergestellt ist. Chrobog wies darauf hin, daß man im Kabinett hierzu keine Beschlüsse gefaßt habe. Außenminister Genscher halte weitere Gespräche mit dem Bundeskanzler für nötig.

«Frankfurter Allgemeine» vom 1. März 1990

Ein Hinterhof, drei Männer spielen Karten, trinken Bier, weitab hockt ein Mädchen. Kein trautes Idyll – eine spürbar sorgenvolle Szenerie. Zwischen den Stichen beschwichtigende Worte: »Ein paar Monate noch, dann ist der Spuk vorbei« – »Und wenn nicht?« – »Das merkt doch jeder, worauf das hinausläuft« – »Aber sie jubeln ihm zu«. Auf der Bühne des Westberliner Grips-Theaters ist es 1933, die Sozialdemokraten formieren sich am Ende der Szene zum Chor: »Sie werden die Zeichen nicht sehen/ da hilft kein Warnen, kein Schrein/ Der Mensch gewöhnt sich an alles/ Das wird sein Untergang sein«. Als »Ab heute heißt du Sara«, ein Stück nach dem autobiographischen Bericht von Inge Deutschkron, die das tausendjährige Reich in Berlin versteckt und gehetzt überlebte, im Sommer 1989 Premiere hatte, war es ein Stück gegen das Vergessen und Verdrängen. Als ich es sehe, schon auf dem Weg nach Görlitz, an die deutsche Ostgrenze, streift Deutschland gerade seine Vergangenheit ab – und die Geschichte der verfolgten jüdischen Familie ragt unversehens in die Gegenwart.

II

Bundeskanzler Kohl bleibt bei seinem am Mittwoch bekundeten Einverständnis mit einer gemeinsamen Erklärung der beiden deutschen Parlamente nach der Volkskammerwahl im März zum Fortbestand der polnischen Westgrenze, lehnt aber den Vorschlag des Warschauer Ministerpräsidenten Mazowiecki zur Ausarbeitung eines Vertrages schon vor der Herstellung der deutschen Einheit ab.

»Frankfurter Allgemeine« vom 2. März 1990

Hinter Bautzen endet die Autobahn. Es sind noch fünfzig Kilometer bis Görlitz. Auf der Betonpiste reiht sich ein Schlagloch ans nächste, kilometerlang rumpelt der Wagen auf der Transitstrecke nach Polen über Kopfsteinpflaster. »Alles in der DDR orientiert sich nach dem Westen«, sagt Stunden später der Leiter der »Görlitz-Information«, Hans Kogel. Das werde ich in den nächsten Tagen noch häufig zu hören bekommen. Die Liste der Benachteiligungen, die die Görlitzer aufmachen, ist lang: Sie können kein Westfernsehen empfangen, die Eisenbahnstrecke ist hinter Dresden nicht mehr elektrifiziert, seit Jahren sinkt die Einwohnerzahl der Stadt, weite Teile des Umlands sind durch die Grenzen nach Polen und zur CSSR schwer erreichbar, in Görlitz ist kaum an Devisen zu kommen, man kann nicht mal kurz in den Westen fahren, um rare Ware zu kaufen. Um den Inter-Rent-Transporter, der zwischen der »Görlitz-Information« und dem großen traditionsreichen Jugendstil-Kaufhaus »Centrum« als Verkaufsstand für Bananen dient (Stück drei Mark, fünf Stück für zehn Mark), drängt sich eine Menschenmenge. Aber um das zu sehen, braucht man sich nicht auf den weiten Weg an die Neiße zu machen. Ich habe andere Fragen im Kopf – mich interessiert nicht die Provinzstadt in der DDR, sondern die Stadt, in der 1950 der Grenzvertrag zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen unterzeichnet wurde, angeblich so: »Stürmisch begrüßt, sprachen der Ministerpräsident Josef Cyrankiewicz und der Ministerpräsident Otto Grotewohl zu der deutschen und polnischen Bevölkerung. Der historische Akt der Unterzeichnung des Grenzabkommens wurde von den versammelten Massen der deutschen und polnischen Bevölkerung begeistert begrüßt« (aus dem offiziellen Kommuniqué). Wie reagieren die einstmals »versammelten Massen« auf die westliche Diskussion über die »Friedensgrenze«? Erneut stürmisch? Hoffen sie, daß nach der Teilung der Stadt Berlin auch die Teilung ihrer Stadt überwunden werden kann? Werden schon Ansprüche auf die enteigneten Häuser und Grundstücke im östlichen Teil der Stadt, in Zgorzelec formuliert?

Der alte Herr, mit dem ich mich im Heinrich-Mann-Club treffe, glaubt nicht, daß die Umwälzungen in der DDR hier jemanden dazu bringen, den Grenzverlauf zu Polen in Frage zu stellen. »Wir sind schließlich keine Revanchisten«. Er ist alter SED-Genosse, hat dreißig Jahre im Kreistag gesessen und dringt darauf, daß ich seinen Namen nicht nenne, weil er befürchtet, sein Dossier bei den westdeutschen Sicherheitsdiensten könnte anwachsen. Die Grenzziehung nach dem Krieg hat er miterlebt und erzählt stolz, wie in der DDR die Umsiedler aus den nunmehr polnischen Gebieten integriert worden sind. Viele haben im Verlauf der Bodenreform Land bekommen, für die meisten konnte schnell Wohnraum und Arbeit organisiert werden. »Wir haben hier keine Vertriebenen – auch wenn die bürgerlichen Parteien damals versucht haben, den Leuten Hoffnungen zu machen, daß sie bald in ihre alte Heimat zurückkönnen«. An einen, der damals die Grenze nicht anerkennen wollte, erinnert er sich noch gut: Wolfgang Mischnick, der heute wieder auf Wahlplakaten der LDP lächelt, ist schon Ende der Vierziger Jahre als Redner für die LDPD in Görlitz aufgetreten. Das Verhältnis zwischen Polen und DDR-Bürgern, erfahre ich, sei gut. Und im gleichen Atemzug, unvermittelt: »Früher kamen hier jeden Tag tausend Polen rüber, die hier übermäßig eingekauft haben, um das bei sich zu verschachern. Die Neigung der Polen zur Spekulation ist denen angeboren. Aber unser Zoll hat das jetzt im Griff.«

Früher – das war Ende letzten Jahres, und die Bilder, die ich später im Archiv der »Sächsischen Zeitung« sehe, zeigen, wie der DDR-Zoll die Lage in den Griff genommen hat: Über Wochen sind Autos mit polnischen Kennzeichen, die über

die Grenze wollten, vollständig auseinandergenommen worden, Fußgänger wurden von Kopf bis Fuß durchsucht, Staubsauger wurden zerlegt und Kinderwagen abgeklopft. Mehrere hundert Paar Schuhe, kiloweise Zucker, dutzende von Würsten und verschiedene andere Gebrauchsgüter, alles Waren, die in Polen angesichts der miserablen Versorgungslage kaum oder gar nicht zu bekommen sind, wurden dabei öffentlichkeitswirksam beschlagnahmt »und in unsere Verkaufsstellen zurücküberführt«.

»Die Deutsche Demokratische Republik – der Freund der Volksrepublik Polen« - die offizielle Doktrin hatte mit dem wahren Verhältnis zwischen Polen und DDR-Bürgern wenig zu tun. So selbstverständlich wie hier von »Zgorzelec« gesprochen wird, so allgegenwärtig sind die Aggressionen gegen »den Polen«, der faul, arbeitsscheu und stets zu Lasten der anderen auf seinen Gewinn bedacht sei. Daß die Grenze zwischen den sozialistischen Bruderstaaten allen Beteuerungen der Völkerfreundschaft zum Trotz erst 1970 geöffnet und 1981, als in Polen »Solidarnosc« erstarkte, von den DDR-Behörden bereits wieder dichtgemacht wurde, hat die feindselige Haltung verfestigen, »normalisieren« helfen.

In Christians Wohnzimmer läuft während des Abendessens der Fernseher. Er will bei den Volkskammerwahlen konservativ wählen. Für die bundesdeutschen Vertriebenen-Politiker wie Hupka und Czaja hat er dennoch wenig Sympathien. Leute, die Besitzansprüche an Polen stellen, sind für ihn »Braune«. Mit denen wolle hier niemand etwas zu tun haben. In den Abendnachrichten des DDR-Fernsehens wird berichtet, daß mehrere tausend Polen demonstriert haben, weil Bundeskanzler Kohl sich weigert, die polnische Westgrenze anzuerkennen. Die polnische Regierung fordere, so der Nachrichtensprecher, an den Gesprächen über die Wiedervereinigung der deutschen Staaten beteiligt zu werden. »Jetzt auch noch die Polen. Ja wer soll denn um Himmels Willen noch alles über uns entscheiden!« Christian ist verärgert. Ein SPD-Wahlspot flimmert über den Bildschirm: »Die sind auch so rotdurchwirkt . « Woran sich das zeige? »Als einziger von unseren Politikern war der Böhme vor kurzem in der Sowjetunion. Wieso braucht es das? Können wir unsere Entscheidungen nicht alleine treffen? Der Krieg ist lange genug vorbei«.

III

Bundeskanzler Kohl hat vorgeschlagen, eine Entschließung der beiden deutschen Parlamente nach der Volkskammerwahl in der DDR zur Grenzfrage mit einer Absage an Reparationszahlungen an Polen und einer vertraglichen Regelung der Rechte der in Polen lebenden Deutschen zu verbinden.
»Frankfurter Allgemeine« vom 3. März 1990

Über Nacht ist Schnee gefallen. Die Häuser mit ihren verwitterten, schmutzig grauen Fassaden ragen wie Überbleibsel einer anderen Zeit aus dem grellweiß bedeckten Boden. In der Stadt fahren kaum Autos. Die Menschen stapfen wie Fremde zu Fuß durch die breiten Straßen, vorbei an verschlossenen Geschäften. Geduldig frieren welche in der Schlange vor den Telefonzellen am Platz der Befreiung, der bald wieder Postplatz heißen soll, andere warten im Pulk auf die Straßenbahn. Von Aufbruchstimmung ist in der Stadt nichts zu spüren – auch nichts von einem wiedererwachenden Nationalgefühl. Die Grenzdiskussion, die in den Westmedien die Titelseiten beherrscht, so mein Eindruck am zweiten Tag,

wirkt hier im Grenzgebiet exotisch. Auf Nachfragen bekomme ich wie selbstverständlich und ohne großes Engagement stets dieselbe Antwort: Die Grenze bleibt.

Der Wahlkampf in der DDR hat andere Themen. Am Informationsstand der CDU vor dem »Centrum« verlangen nörgelnde Kinder mehr Luftballons. Ein älterer Mann macht sich Sorgen um seinen Arbeitsplatz und bezweifelt, daß er künftig seine Miete noch wird bezahlen können. Die jungen CDU-Wahlkämpfer reden beruhigend auf ihn ein: Kurzfristig könnte es vielleicht Probleme geben, aber dann, wenn die Wirtschaft erst privatisiert sei – was gebe es nicht alles zu tun nach vierzig Jahren Sozialismus. Ich frage, was sie denn von der westdeutschen Debatte um die völkerrechtliche Anerkennung der Oder/Neiße-Grenze halten? Einer der CDU-Leute, mit schwarz-rot-goldenem Schal und Nickelbrille, reagiert prompt wie auf Stichwort und hält mir einen kurzen Vortrag über Kanzler Kohls Sympathien für Polen im allgemeinen und die völkerrechtliche Problematik des Potsdamer Abkommens im besonderen.

Vom »Centrum« geht man zehn Minuten zu Fuß bis zum »Ernst-Thälmann-Haus«. In die dortigen Räume der ehemaligen SED-Kreisleitung hat die PDS zum »Politischen Frühschoppen« geladen. Mindestens zweihundert Leute drängeln sich im Versammlungsraum und auf den Gängen. In einem winzigen Zimmer ist eine Kinderbetreuungsstelle eingerichtet. Die meisten, die kommen, sind Genossen: Übriggebliebene, die sich herzlich begrüßen, weil sie wissen, daß sie nur noch sich haben. Die selbst für die Organisatoren überraschend große Resonanz auf diesen Frühschoppen kann nur für ein paar Stunden darüber hinwegtäuschen, daß es für die PDS in Görlitz undenkbar erscheint, einen Wahlkampf auf der Straße zu führen. Eine Gruppe von Studenten und Studentinnen der Ingenieur-Schule hat die Koordination des Wahlkampfes weitgehend übernommen: Sie sind unbelastet und sehen nach langen Jahren des vergeblichen Kampfes um Veränderung jetzt die Chance, aus der PDS die Partei ihrer Wünsche zu machen. »In der PDS gefällt's mir besser als in der SED« meint Enno, der die Verteilung von Broschüren und selbstgezeichneten Handzetteln koordiniert. Was sie davon halten, daß die PDS jetzt auch auf Wiedervereinigungskurs ist? Ennos Antwort darauf wirkt ebenso auswendig gelernt, wie die des CDU-Wahlkämpfers zur Ostgrenze vor zwei Stunden: Die Führung der SED sei schon immer für eine deutsche Einheit eingetreten, es sei die Regierungspolitik der BRD gewesen, die die Realisierung der Vorstellungen damals verhindert habe. Als wir auf die polnische Westgrenze zu sprechen kommen, mischt sich, auch hier wie selbstverständlich, antipolnisches Ressentiment in die allgemeinen Statements gegen Revanchismus und Ausländerfeindlichkeit: »Der Pole handelt und schachert, das kann man ihm wohl nicht abgewöhnen«.

Am Nachmittag habe ich mir Zeit genommen, den Grenzübergang anzusehen. Schlagbäume, hohe Zäune, mehrere große Warnschilder und Baracken, in denen sich Grenzsoldaten aufhalten: Wie eine »Friedensgrenze« wirkt das abgesperrte Areal nicht, einschüchternder Kasernenhoftone und abgestumpfte Routine sind dort zu Hause. Allerdings kann man heute folgenlos die »Staatsgrenze! Fotografieren verboten!«-Schilder fotografieren. Von der Grenze sind es nur wenige hundert Meter in die halbzerfallene Altstadt. Ich finde ein Cafe und sogar noch einen Platz, direkt an einem prächtig aufgefüllten Sahnetorten-Buffer. Im Fenster hängt, wie in den meisten Schaufenstern, ein DSU-Wahlplakat. Auf dem Tisch liegt die »Union«, die Zeitung der CDU. Auf der »Görlitz«-Seite der

Samstagsausgabe wird ein Tabu gebrochen. »Nachdenken über die Grenze« hat die Redaktion einen Leserbrief überschrieben und angemerkt, daß er sicherlich Anlaß zu Kontroversen gebe, daß es aber wichtig sei, das Thema aufzunehmen:

»Nun leiden wir an den Grenzen. Diejenige, die mitten durch unser Vaterland geht, haben wir durchlässig gemacht. Aber wir Görlitzer kennen noch eine andere Grenze. Sie geht mitten durch unsere Stadt und scheidet unnatürlich, was sich einst als Ganzes entwickelt hat. Ich weiß, daß ich Unpopuläres ausspreche, aber ich möchte laut denken dürfen. Ich möchte meinen Verstand nicht ausschalten. Dabei bin ich weder Revanchist und schon gar nicht ein Polenfeind. Darum sage ich auch aufgrund unserer Schuld an dem von uns Deutschen angezettelten Krieg ja zur Oder-Neiße-Grenze. Aber die Bezeichnung 'Oder-Neiße-Grenze' stimmt ja nicht. Wenn wir diese Grenze nach ihrem Namen wörtlich nehmen, dann müßte ein nicht geringer Teil von Stettin uns gehören und die Grenze würde mitten durch eine handelswichtige See- und Hafenstadt gehen. Ich komme zum Problem Görlitz. Könnte es hier nicht möglich sein, eine Korrektur vorzunehmen, damit eine Stadt nicht durch eine willkürlich gezogene Grenze in zwei Hälften zerschnitten bleibt. Wäre es nicht möglich, durch die Einbeziehung des Kreises Laubahn in ein gesamtdeutsches Territorium den alten Sechs-Städte-Bund wieder zu einer Einheit werden zu lassen?«

IV

Was besonders die Vertreter der polnischen Regierung unter dem Begriff einer 'völkerrechtlichen verbindlichen' Anerkennung ihrer Westgrenze durch die Bundesregierung beziehungsweise einen künftigen gesamtdeutschen Souverän verstehen, ist eine selbstbindende Verzichtserklärung der Bundesregierung beziehungsweise eines gesamtdeutschen Souveräns auf die deutschen Ostgebiete. Die völkerrechtliche Verbindlichkeit derartiger Erklärungen wird reduziert auf den Beurkundungscharakter eines beliebig erzeugten Status Quo. Eine solche Auffassung ohne jegliche Bezugnahme auf positive, das heißt inhaltlich bestimmte Völkerrechtsprinzipien, stellt sich jedoch zwangsläufig unter die Bedingung der 'clausula rebus sic stantibus' (Wegfall der Geschäftsgrundlage, Anm. O.T.), das heißt die Völkerrechtssubjekte werden sich unter anderen Umständen kaum an diese Verträge gebunden fühlen, die sie im wesentlichen aus Opportunitätsgründen geschlossen haben. Wenn Polen jedoch an einer positiven, inhaltlich gefüllten 'völkerrechtlichen Verbindlichkeit' entsprechender Grenzverträge mit Deutschland interessiert ist, muß es sich die Frage stellen, ob ein autonomes Völkerrechtssubjekt überhaupt ohne Gegenleistung auf ein Drittel seines Staatsgebiets (nicht zu reden von der fortdauernden Diskriminierung der auf diesem Gebiet verbliebenen autochthonen Bevölkerung) verzichten wollen kann. Bei realistischer Betrachtung erscheint dies unmöglich. Wenn es trotzdem dazu kommen sollte, muß vielmehr vermutet werden, daß der entsprechende Vertragspartner nicht im Vollbesitz seiner Autonomie war, was wiederum die Bindungswirkung entsprechender Verträge entscheidend einschränkte.«
Leserzuschrift an die »Frankfurter Allgemeine«

Den Leserbriefschreiber ausfindig zu machen, der in der »Union« als erster und mit äußerster Zurückhaltung den Grenzverlauf zu Polen in Frage gestellt hat, ist nicht schwierig. Horst Reichelt war lange Jahre Bräuerältester einer Diakonengemeinschaft in Rothenburg, 27 Kilometer nördlich von Görlitz. Heute lebt er im Ruhestand – aber immer noch auf dem Martinshof, einer

Behinderteneinrichtung, die wie viele von der Kirche getragen wird. Horst Reichelt ist in Görlitz bekannt – und geachtet. Ich rufe ihn an, ja, er hat Zeit. Ein freundlicher älterer Herr. Kohls Zögern, die Grenze im Prinzip anzuerkennen, findet er falsch, die Politik der Vertriebenenverbände in der Bundesrepublik lehnt er ab. Aber er liebt seine Heimatstadt. »Als mein Sohn den Brief gelesen hat, hat er gesagt: so ein Quatsch«. Horst Reichelt lächelt. Nein, er hat sich nicht überlegt, wie Görlitz und Zgorzelec konkret wiedervereinigt werden könnten. Im wesentlichen geht es ihm ohnehin um die Autokolonnen, die an den Feiertagen in einem langen Stau an der Grenze stehen: »Kilometer um Kilometer zieht sich das, mitten durch die Stadt«. Vielleicht reiche es auch, eine Umgehungsstraße zu bauen.

Horst Reichelt ist tatsächlich kein »Revanchist und Polenfeind« . Daß er es jetzt an der Zeit findet, Worte gegen die »Unnatürlichkeit« der Grenzziehung zu finden – gerade so, als seien Grenzen nicht immer Ausdruck von Machtverhältnissen und nicht von Natur – , zeigt aber auch, wie wenig Substanz die Anerkennung der Grenze hat. »Das ist wie beim Kartenspielen: was verloren ist, ist verloren«, begründet später ein Volkspolizist, der in Polen zur deutschsprachigen Minderheit gehörte und in den sechziger Jahren in die DDR übersiedelt ist, warum er gegen jede Grenzveränderung ist. Der Vergleich beruhigt nur beim ersten Zuhören, ist das Spiel gemacht, werden die Karten neu gemischt.

Sonntagnachmittag haben sich drei CDU-Politiker und Politikerinnen Zeit für ein Gespräch genommen: die stellvertretende Oberbürgermeisterin Sigrun Kummer, der hauptamtliche CDU-Vorsitzende Michael Schmuck und der Vorsitzende des lokalen Ausschusses zur Auflösung der Abteilung für Staatssicherheit, Franz Erwardt . Bei Kaffee und Kuchen erfahre ich Neuigkeiten: In der Stadt hat sich kürzlich eine »Interessengemeinschaft Niederschlesien« gebildet. Eine Gruppe »Interessengemeinschaft zur Geschichte und Kultur in Schlesien«, die mit der CDU sympathisiert, wird gerade aufgebaut. Die CDU-Politiker haben Sorge, daß das zu früh an die Öffentlichkeit dringt: Die SPD könnte das jetzt, solange der neue Regionalismus noch schwach entwickelt ist, gegen sie ausschlachten. Wenn die Führungsscrew der Görlitzer CDU von Schlesien redet, meint sie, versichert mir ihr Schlesien-Experte Erwardt immer wieder, den Zipfel Schlesien, der zum DDR-Gebiet gehört, nicht die großen, seit dem Zweiten Weltkrieg polnischen Gebiete. Auch auf dem Flugblatt »An die Görlitzer!«, das an diesem Nachmittag in Hauseingänge, auf Transformatorenkästen, an Plakatwände und über offizielle Hinweistafeln geklebt wird, endet »Schlesien«, auf dessen Traditionen man sich besinnen soll, an der Neiße. »Die einzigen, die mehr wollen« weiß Franz Erwardt, »sind die 'Republikaner'«. Etwa fünfzig soll es in Görlitz geben. »Eine Spezialabteilung der Kripo kennt alle«, versichert Erwardt. Vor wenigen Tagen haben auch zwei Hausdurchsuchungen stattgefunden: »Aber wir machen da nicht viel Aufhebens. Das nützt denen nur«.

V

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Czaja, lehnt einen Verzicht auf die ehemaligen Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße als Vorbedingung für die deutsche Wiedervereinigung ab. »Ein Junktim zwischen der Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands und der Frage der polnischen Westgrenzen darf es nicht geben« sagte Czaja.

»Frankfurter Allgemeine« vom 5. März 1990

»Schlesien«: für die Lokalpolitiker ist es das »Sesam-Öffne-Dich« in eine neue Zeit, in der aus dem Nachteil, Grenzgebiet zu sein, ein großer Gewinn wird. »Wir könnten eine Art Handelstor zum Osten werden.« »Schlesien«: Das ist die Wunderwaffe gegen den Bevölkerungsrückgang in der Stadt, »der an der 40jährigen Unterdrückung des Gedankens liegt, daß hier eine andere Völkerschaft eigene Traditionen hat.« »Schlesien«: Das ist die Hoffnung, daß, in wie fernher Zukunft auch immer, im Osten zusammenwachsen könnte, was nach Meinung der Schlesier zusammengehört. Franz Erwardt hat es vorsichtig formuliert: »Wenn wir mal von einem einheitlichen Europa ausgehen.«

Heute ist mein letzter Tag in Görlitz. Aus den Gesprächen fügt sich ein Mosaik, dessen Konturen allerdings ausgefranst bleiben. »Zum Kommunalwahlkampf müssen Sie unbedingt wiederkommen«, hat mich Michael Schmuck gestern freundlich verabschiedet. Abends in der großen Disco »Zwei Linden« wollte Jens, als ich ihm kurz, knapp und laut eine Zusammenfassung meines Gesprächs mit den CDUlern über den Tisch gebrüllt hatte, unbedingt die Adresse der »Schlesier«-Interessengruppen haben. Die Flugblätter »An die Görlitzer!« sind über Nacht alle abgerissen worden.

Dr. Kretzschmar ist im Stadtmuseum Leiter der Abteilung für Geschichte. Er residiert im Kaisertrutz am Leninplatz, der ausgerechnet am 1. Mai wieder in Obermarkt umbenannt werden wird. Eine enge, gewundene Treppe führt zu seinem Arbeitszimmer im zweiten Stock: früher diente die enge Kammer als Gefängniszelle. Der Schritt über die Schwelle führt in eine längst vergangene Zeit: An der Wand hängt ein zeitgenössisches Bild des Begründers der Görlitzer SPD, Hugo Keller, alte Lenin-Bände füllen das Regal, ein Sekretär aus dem 19. Jahrhundert dient als Schreibtisch, ein alter Kohleofen bullert vor sich hin. Ernst Kretzschmar, ein kleiner, schmaler Mann, den man sich kaum anders als über alte Bücher gebeugt vorstellen kann, versinkt in seinem alten Holzstuhl und erzählt die bewegte Geschichte Görlitz', als habe er sie von 1635, als die Stadt nach dem 30jährigen Krieg das erstmal sächsisch wurde, bis heute miterlebt. Die Umwälzungen in der Stadt haben den Historiker, der sich mir scheu, aber bestimmt vorstellt: »Wissen Sie, ich bin Preuße«, zu einem gefragten Mann gemacht. SPD-Politiker kommen zu ihm, um sich zu erkundigen, wie in Görlitz die Vereinigung von SPD und KPD zustande gekommen ist: »Auch wenn es heute Mode ist, das Gegenteil zu behaupten: das war keine Zwangsvereinigung.« Der Stadtrat holt bei Ernst Kretzschmar Informationen ein, welche der nach 1945 umbenannten Straßen und Plätze wieder ihre alte Namen bekommen sollen. Am meisten bewegt hat ihn aber, daß innerhalb kurzer Zeit mehrere Jugendgruppen kamen, die sich über die Geschichte der Region informieren wollten, um eine Schlesische Initiative zu bilden: »Jugendliche, die nicht geschichtsverdrossen sind und nur Rockmusik hören, das ist doch ausgezeichnet.«

Der so unversehens aus dem Lesen und Schreiben alter Chroniken gerissene Mann, der sich verwundert, aber voll Engagement im bewegten Jetzt wiedergefunden hat, ist der irritierendste der vielen Menschen, die ich in den vier Tagen in der Stadt kennengelernt habe. »Ich bin linksorientiert«, hat er mir zu Beginn des Gesprächs versichert und dann, wie selbstverständlich, das erwachende schlesische Nationalgefühl begrüßt. Sichtlich bestürzt erzählt er, daß ihn das antipolnische Ressentiment in der Gegend hier an die antipolnische Stimmung, die er in seiner Jugend in Ostpreußen kurz vor dem Krieg erlebt hat, erinnert - trotzdem wünscht er, daß es in Zukunft vielleicht in Deutschland auch wieder ein Land Preußen geben könnte. Kretzschmar hat als erster umfangreiche

Recherchen über die Geschichte der einstmals einflußreichen und großen jüdischen Gemeinde in Görlitz angestellt, hat die Memoiren des 1933 aus der Stadt vertriebenen Rechtsanwalts Paul Mühsam herausgegeben - und hofft dennoch daß das sich etablierende deutsche Nationalgefühl positive Kräfte freisetzen könnte.

Auf der Fahrt zurück halte ich in einem kleinen Dorf in einem Spezialitätenrestaurant. Am Tisch neben mir verhandeln Japaner, am Tisch vor mir offensichtlich bayerische Geschäftsleute. Es geht um den »Markt im Osten«, den die DDR-Manager einzubringen versprechen, um das leider nicht sehr gute Eis, um Lieferfristen, DM, Yen und Dollars. Hundert Kilometer weiter entdeckt der Tankwart an der Intertankstelle das KONKRET-Titelbild der Märzausgabe: »Dem Gysi traue ich nicht. Ein kommunistischer Jude, wissen Sie«. Auf dem Berliner Ring staut sich der Verkehr, es regnet in Strömen, ich schalte das Radio ein, Deutschlandfunk, Lautenklänge, eine ruhige Frauenstimme liest aus einem, wie sich nach wenigen Minuten herausstellt, nie abgeschickten langen Brief einer Mutter an ihren Sohn – eine Journalistin hat die bitteren, im Konzentrationslager Theresienstadt geschriebenen Zeilen in der Gedenkstätte Yad-Vashem gefunden und daraus im Verlauf langer Recherchen das Leben und Sterben der deutsch-tschechischen Schriftstellerin Ilse Weber rekonstruiert, der es gelungen war, ihren ältesten Sohn, bevor die Pogrome gegen Juden auch in der Tschechoslowakei begannen, zu einer Freundin nach England fliehen zu lassen.